

«Es braucht Wege aus dieser Isolation»

Demenz Die Alzheimervereinigung Luzern feiert heuer ihr 25-jähriges Bestehen. Präsidentin Mirjam Müller-Bodmer erklärt, warum Demenz noch immer ein Tabuthema ist und womit Angehörige zu kämpfen haben.

Interview: Susanne Balli
susanne.balli@luzernerzeitung.ch

Mirjam Müller-Bodmer, im Kanton Luzern leben schätzungsweise 5200 Menschen, die an Alzheimer oder einer anderen Form von Demenz leiden. Schweizweit sind es zirka 144 000 Personen. Wie sind diese Zahlen zu erklären? Demenzerkrankungen stehen in engem Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung. Nimmt die Lebenserwartung stetig zu, ist die Wahrscheinlichkeit, an Demenz zu erkranken, grösser. Zudem lassen sich heute mehr Leute abklären und erhalten eine Diagnose.

Laut Hochrechnungen des Bundesamtes für Statistik soll sich diese Zahl bis 2035 noch verdoppeln. Welches sind die grössten damit verbundenen Herausforderungen?

Eine Hauptfrage lautet, wie Menschen, die körperlich noch fit sind, aber ihren Alltag aufgrund einer Demenzerkrankung nicht mehr bewältigen, begleitet und betreut werden können. Heute passiert das massgebend durch deren Partnerinnen, Partner und weitere Angehörige. Es braucht aber auch spezialisierte Institutionen und Fachpersonal. Eine weitere Herausforderung ist der Umgang mit Menschen mit Demenz im Alltag. Wie betreut man zum Beispiel Personen im Spital, die sich nicht orientieren können oder davonlaufen? Wie geht man mit selbstsamem Verhalten von Menschen mit Demenz im öffentlichen Raum um?

Wie sieht es mit der Finanzierung aus?

Alles, was über die Pflege abgerechnet werden kann, ist finanziert, nicht aber die Betreuung. Das ist ein grosses Problem, denn Demenzerkrankte brauchen über längere Zeit verhältnismässig wenig Pflege, hingegen umso mehr Betreuung. Und wenn Angehörige in der Betreuung Entlastung brauchen, ist diese nicht finanziert. Das bedeutet neben der bereits emotionalen eine grosse finanzielle Belastung.

Die Wahrscheinlichkeit, dass man selber an einer Form von



Angehörige von demenzkranken Personen sollen stärker entlastet werden.

Archivbild LZ

Demenz erkrankt, steigt mit dem Alter markant an. Mehr als 40 Prozent der über 90-Jährigen haben eine Form von Demenz. Ein Grossteil der Bevölkerung ist also damit irgendwann konfrontiert. Dennoch sprechen viele Betroffene nicht darüber.

Wir sind Kontrollfreaks, und dadurch fällt es vielen schwer, mit Demenz umzugehen. Die Selbstverantwortung ist plötzlich eingeschränkt, die Abhängigkeit von anderen nimmt stark zu. Das passt nicht in unsere Leistungsgesellschaft. Und für Angehörige ist es schwierig, wenn ihre demenzerkrankten Partner plötzlich Bekannte nicht mehr erkennen, wenn sich ihre Persönlichkeit stark verändert, wenn sie plötzlich laut oder aggressiv werden.

Die Alzheimervereinigung Luzern verfügt mit der Infostelle Demenz über die erste Anlaufstelle für Betroffene, Angehörige und Fachpersonen. Mit welchen Anliegen kommen Betroffene hierher?

Um zu reden und sich zu informieren, wo es weiterführende Angebote gibt. Für Angehörige ist der Austausch mit anderen Betroffenen wichtig. Darum gibt es

im Kanton Luzern verschiedene Angehörigengruppen, die sich treffen, um sich auszutauschen und gegenseitig Tipps zu geben.

Seit 25 Jahren setzt sich die Alzheimervereinigung für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen ein. Wie hat

«Angehörige warten oft zu lange, bis sie sich externe Hilfe holen.»



Mirjam Müller-Bodmer
Präsidentin
Alzheimervereinigung Luzern

sich der Umgang der Gesellschaft mit Demenz in diesem Vierteljahrhundert verändert?

Mehr Leute wissen über Demenz Bescheid als vor 25 Jahren. Auch die Medizin macht Fortschritte. Heute kann eine Demenz zwar nicht geheilt, aber der Krankheitsverlauf zum Teil verzögert

und Nebenerscheinungen gelindert werden.

Was muss sich noch ändern?

Pflegende Angehörige sind 24 Stunden am Tag belastet, und das über Jahre. Sie müssen unbedingt mehr unterstützt und entlastet werden. Zudem ist eine

Enttabuisierung nötig. Man sollte mit dem demenzkranken Partner am öffentlichen Leben teilnehmen können. Viele verlassen die Wohnung mit dem demenzen Partner nicht mehr. Es braucht Wege aus dieser Isolation.

Wie soll das gelingen?

Zum Beispiel durch spezielle Veranstaltungen wie jene des Luzerner Sinfonieorchesters (LSO), das 2016 mit dem Projekt LSO-Lunchkonzert unseren jährlich verliehenen Fokuspreis erhalten hat. Das waren Mittagskonzerte auch für Menschen mit Demenz. Solche Veranstaltungen helfen aus der Isolation heraus.

Und wie können Angehörige entlastet werden?

Im Kanton Luzern gibt es beispielsweise mehrere Tagesstätten für Menschen mit Demenz. Diese Angebote können tageweise gebucht werden. Dort werden demenzerkrankte Personen beschäftigt, sie machen zum Beispiel gemeinsam Musik oder sind kreativ tätig. Neben den Tagesstätten gibt es zudem Ferienplätze für demenzerkrankte Menschen, damit pflegende Angehörige ihre Batterien wieder aufladen können. Aber auch bei diesen Angeboten übernimmt die Pflegefinanzierung lediglich die Kosten für die Pflege, die Betreuung muss man selber zahlen.

Gibt es genügend solche Plätze?

Meines Wissens verfügen verschiedene Tagesstätten noch über Kapazität zur Aufnahme von Menschen mit Demenz. Es erstaunt, denn eigentlich müssten diese Plätze aufgrund der Anzahl Betroffener längstens gefüllt sein. Aber Angehörige warten oft zu lange, bis sie sich externe Hilfe holen. Vielleicht, weil der demenzerkrankte Partner nicht will, sie ihm gegenüber ein schlechtes Gewissen haben, oder aber aus finanziellen Gründen.

Hinweis

Mirjam Müller-Bodmer ist seit 2015 Präsidentin der Alzheimervereinigung Luzern. Die 54-jährige SP-Frau war bis 2016 Sozialvorsteherin von Meggen. Sie ist verheiratet und hat drei erwachsene Töchter.

Jubiläum mit Inszenierung

Fakten Die Alzheimervereinigung Luzern hat 350 Mitglieder; der Dachverband Alzheimer Schweiz deren 10 600. Finanziert wird die Alzheimervereinigung Luzern über Mitglieder- und Gönnerbeiträge, durch Spenden und Legate. Neben Geschäftsleitung, Sekretariat und der Infostelle Demenz (insgesamt rund 70 Stellenprozent) gibt es im Kanton Luzern neun Gesprächsgruppen für Angehörige von Demenzkranken. Der Gesamtaufwand liegt für dieses Jahr bei rund 97 000 Franken.

Die Infostelle Demenz wird je zur Hälfte von der Pro Senectute Kanton Luzern und der Alzheimervereinigung Luzern getra-

gen. Sie hat ihren Sitz bei der regionalen Beratungsstelle von Pro Senectute Kanton Luzern an der Taubenhausstrasse 16 in Luzern. Telefon 041 210 82 82; E-Mail infostelle@alz.ch. Infos unter: www.alz.ch/lu

Am 17. Mai findet anlässlich des 25-Jahr-Jubiläums der Alzheimervereinigung Luzern eine öffentliche Jubiläumsveranstaltung statt. Um 18 Uhr, nach der Generalversammlung, gibt es im Maihof in Luzern eine Inszenierung des Schauspielers Jaap Achterberg aus Arno Geigers Buch «Der alte König in seinem Exil» zu sehen. Platzreservation unter E-Mail infostelle@alz.ch oder Tel. 041 500 46 86. (sb)

Wildtierpassagen geben zu reden

Vorstoss Zum Teilprogramm «Sanierung der Wildtierpassagen» im Kanton Luzern hat SVP-Kantonsrätin Barbara Lang (Hellbühl) eine Dringliche Anfrage eingereicht. Sie bezieht sich auf die Projekte Sempach und Dagmersellen und will vom Regierungsrat unter anderem wissen, wie der Projektstand ist, wer über die Umsetzung entscheidet und wie hoch die Kosten für die einzelnen Projekte im Kanton Luzern sind, respektive wie die Aufteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden aussieht. Zudem fragt Lang, wie es mit der Erhaltung und Kompensation von Fruchtfolgeflächen aussieht und welchen Einfluss der Kanton auf den Bauwerktyp und die Grösse der Wildtierpassagen hat. (red)

Luzerner Ärzte wehren sich gegen Tarifeingriff

Gesundheitskosten Die Ärztesgesellschaft des Kantons Luzern kritisiert den geplanten Eingriff von Bundesrat Berset in die Tarifstruktur heftig. Die Senkung des ambulanten Tarifs gefährde die Versorgungssicherheit.

Klartext aus Luzern nach Bern: Die Ärztesgesellschaft geisselt die Pläne von Gesundheitsminister Alain Berset, durch einen Eingriff in die Tarifstruktur ein Sparpotenzial von 700 Millionen Franken zu erschliessen, gnadenlos. Der Bundesrat missachte, dass es eben gerade die Ärzte seien, die durch ihre Arbeit dafür sorgen, dass die Gesundheitskosten nicht aus dem Ruder laufen. Als Stichworte dienen ihnen insbesondere Ausbildungs- und Behandlungsqualität, die zu volkswirtschaftlichem Nutzen führten, weil rasche Genesung auch weniger Arbeitsausfall be-

deute. Abgesehen davon: Durch die sinkende Aufenthaltsdauer im Spital und die Verschiebung von stationären zu ambulanten Behandlungen würde ebenfalls viel Geld gespart, schreibt die Ärztesgesellschaft in ihrer Vernehmlassungsantwort zur Änderung der Tarifstruktur.

Sie sagt denn auch ohne Umschweife: «Die hohen Kosten, welche die teuren Infrastrukturen der Spitäler verursachen, können durch eine Therapie in einer Praxis auf vergleichsweise tiefem Niveau gehalten werden.» Mit der «unüberlegten, willkürlichen Senkung des ambulanten

Tarifs» würden sämtliche Bemühungen, im Gesundheitswesen Kosten zu sparen, zerstört. Der niedergelassenen Ärzteschaft bleibe angesichts von Tarifkürzungen bis zu 50 Prozent nichts anderes übrig, als ihre Patienten in stationäre Behandlungen zu überführen. Ungeachtet dessen, dass die Kapazitäten dafür fehlten und die Versorgungssicherheit damit gefährdet werde.

«Einbussen in der Versorgungssicherheit»

Dabei gäbe es laut Ärztesgesellschaft «viel einfachere und bessere Möglichkeiten, im Gesund-

heitswesen rasch und viel Geld zu sparen». Konkret: Die jährliche Überprüfung und Festsetzung der Medikamentenpreise würde per sofort eine Entlastung von 2 Milliarden Franken bringen, rechnet die Ärztesgesellschaft vor. Der Bundesrat komme seiner Pflicht in keiner Weise nach, vielmehr werde die Pharmaindustrie geschont. Und zwar auf Kosten der Patienten. Eine Entwicklung, die sich mit der drohenden Einführung von Globalbudgets in der ambulanten Versorgung akzentuieren könnte. «Unselig und verheerend» wäre diese, findet die Ärztesgesellschaft und spricht von

«totaler Zweiklassenmedizin, Verschärfung falscher Anreize sowie Einbussen in der Versorgungssicherheit und -qualität». Von Kosteneinsparungen sei jedenfalls – wie beim Tarifeingriff – weit und breit nichts zu sehen.

Die Vernehmlassung zur Änderung der Tarifstruktur dauert noch bis am 21. Juni. Dies, nachdem die Verhandlungen der Tarifpartner wiederholt gescheitert sind und derzeit eine Übergangsregelung in Kraft ist, die allerdings Ende Jahr ausläuft.

Balz Bruderer
balz.bruderer@luzernerzeitung.ch